

Günter E. V ö l k e r

-www.bohrwurm.net-

26419 Sillenstede, den 23.06.2004

Osterpiep 4 Tel.04423/6798

***Fassung April 2006**

Der Rentenverrat

-DasNetz-

Offener Brief

Fax an 0421/ 328327
Chefredakteur Peter Bauer
Bremer Tageszeitungen
Martinistraße 43
28195 Bremen

Chefredakteur Peter Bauer
-Weserkurier-
z.Ktn. an die Ministerpräsidentin, die
Ministerpräsidenten und Bürgermeister
der 16 Bundesländer der BRD

Staatsumsturz

durch Einsturz der Sozialsysteme und Zerstörung der Fiskal - Grundlagen des Gemeinwesens/Schweigen der Chefredakteure

Sehr geehrter Herr Bauer,

Sie haben alle Nachweise bzw. Fakten für die Annahme auf dem Tisch, daß wir es im Staat mit den weitreichendsten Staatsverbrechen seit Ende der Nazizeit zu tun haben. Das offensichtlich nach hiesiger Erkenntnis und Einschätzung hochkriminelle Netz zur Zerstörung der sozialen und fiskalen Grundlagen der 2. Republik liegt Ihnen vor (Stand 2001): 1.) Die Professoren Meinhard Miegel/Kurt Biedenkopf –IWG- e.V., getarnt als "Institut für Wirtschaft und Gesellschaft", Bonn, Mitglieder z.B. Leisler-Kiep (mit den Schwarzgeldmillionen in der Schweiz und Millionen-Steuerhinterziehungsverfahren). 2.) Alle Bundespräsidenten (Roman Herzog, "Herzogkommission"), alle Versicherungs- Bank- u. Industrie-Konzern-Etagen, Axel-Springer-Konzern, FAZ, ZDF etc. nebst Peter Hartz (Hartzkommission) und Co., ca. 15 Seiten Mitgliederliste, sie alle im spenden-steuersparenden privaten "eingetragenen Verein" der Wirtschaftskreise, getarnt als "Stifterverband für die deutsche Wissenschaft" in Essen, einmütig versammelt. Diese "Tarnorganisation" ist wiederum als Gesamtverein "Fördermitglied in Herrn Biedenkopfs/Miegels "Tarnorganisation IWG". Die beiden Herren sind Gründer und auch Vorstände dieses Vereins. Als 3.) Glied im Bunde haben wir eine private "GmbH", die ausschließlich von den Versicherungs- bzw. Finanzkonzernen gegründet wurde (Deutsche Bank etc.) und den sozial-demagogischen Krimi mit der "Demographie" und den Haßparolen gegen "die Alten" (diese lebten angeblich "auf Kosten der Jungen") in die Welt lancierte, selbstverständlich "hochwissenschaftlich" verbrämt und von hoher sowie "fürsorglicher" Raubgier-Moral getragen, und die sich die Tarnbezeichnung "Deutsches Institut für Altersvorsorge" (DIA), Köln, zugelegt hat, und in der Herr Prof. Miegel in edler Fürsorge für die Menschheit nun praktischerweise "Berater" ist, womit sich der Kreis geschlossen haben dürfte. Herr Miegel erhält nun jährlich 6 Mill. € für seinen "Bürgerkonvent" zur Einführung der Riesterreute und sagt nicht, von wem er hierfür eben mal die 6 Mill. € erhält.

Dafür wird hinterhältig bereits geplant, die gesetzliche Rente völlig und zwangsweise abzuschaffen, damit sämtliche Rentenbeiträge allein nur noch in den Taschen der Kumpels von Herrn Schröder und Dr. Kohl landen. Herr Dr. Kohl sitzt dafür jetzt im Aufsichtsrat des drittgrößten Erstversicherers in der Republik, der AMB-Generali (Hannover/Aachen), was selbstverständlich "keine Belohnung" dafür darstellt, daß er als Erster die Phrase von den künftig zu niedrigen Renten und der damit verbundenen Pflicht zur "Privatvorsorge (natürlich bei den Versicherungskonzernen) propagierte, wozu in unverfrorener Weise das Märchen von den künftig "zu vielen Alten" diente und noch immer dient.

Inzwischen hat auch die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (die SPD), über ihren privateigenen Konzern "Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG),

Hamburg, einen "Riesterrenten-Vertrag" mit dem Versicherungskonzern "Victoria" abgeschlossen und zockt die eigenen Kinder in unglaublicher Weise über die Riesterrenten-Provisionen kaltblütig ab, weshalb der SPD-Genosse Schröder als Kanzler nebst den sonstigen "Spielgehilfen" dafür sorgt, daß die als ausplünderungs - verbrechensorientierte "Reform" betrachtete "Agenda Sozialis-Criminalis" (hochverbrecherische Absicht der zwangsweisen Auslieferung der Lebensgrundlagen der Altengenerationen an die Privatkonzerne durch zwangsweise Zerstörung der solidarisch organisierten Rentensysteme zugunsten der "Kumpels" in den Konzernetagen) skrupellos durchgepeitscht wird (Verrat an allen künftigen Generationen unvorstellbaren Ausmaßes durch die sozialistischen Schröders und Münteferings).

Eine verheerend unrühmliche Rolle nehmen dabei die Herren Michael Sommer (DGB) und der "Präsident" des Sozialverbands (Reichsbund), Adolf Bauer, ein, die ganz offensichtlich kein wirkliches Interesse an einer Sicherung der solidarisch organisierten Renten für die "Alten" zeigen, da sie ebenfalls sämtlich mit ihren Organisationen profitabel in Verbindungen mit Privatversicherungskonzernen und Finanzdienstleistern etc. verstrickt sind und somit, von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt, mit ihren Verbänden an der Abzocke der redlich arbeitenden Menschen und Mitglieder teilnehmen.

Adolf Bauer, z.B., Präsident des Sozialverbandes Deutschland (SoVD), ehem. Reichsbund, ist vollständig über die kriminellen Rentenraubgeschehen informiert. Wissentlich verhindert er im Verein mit den Sommers vom DGB und allen anderen Spitzen der angeblich die sozialen Interessen von Mitgliedern vertretenden Verbände die Sicherung der gesetzlichen Rente und der diesen zugrundeliegenden Systeme, indem er die klar erhobene Forderung unterläßt, die Rentenkasse als selbständiges Organ wie die Bundesbank zu gestalten, und dies mit Verfassungsrang zu versehen, damit ab sofort nicht mehr in regierungskrimineller Weise einfach Opas Rentenkasse für alle möglichen Staatszwecke ausgeraubt werden kann; und kriminelles Ausrauben liegt nun einmal vor, wenn jemand fremde Kassen für fremde Zwecke leert, Verfassungsgericht hin, ein sogenannter Verfassungsgerichtspräsident her. Wer unter Vorspiegelung falscher Tatsachen (und Lehren) anderer Leute Vermögen antastet, begeht schon nach den einschlägigen Normen des Strafgesetzbuchs einen kriminellen Akt.

Um vorzutäuschen, daß das gesetzliche Rentensystem "marode" sei, wird dieses systematisch ausgeplündert und ruiniert (z.B. durch Abräumen der Renten-Kassen-Schwankungsreserve in Milliardenhöhe, verschleiert um mehrere Ecken herum, um auf dieser schlicht verbrecherischen Grundlage dann zu behaupten, die "Rendite" könnte nicht mehr in ausreichender Höhe gegeben sein, und damit das gesetzliche Rentensystem nicht "verfassungskonform": die neueste heimtückische Parole z.B. eines Herrn Hans-Jürgen Papier. Als Verfassungsgerichtspräsident meldet er sich unverfroren mit dieser Parole öffentlich zu Wort -Süddeutsche Zeitung 8.6.2004, S.5-Verfassungsgerichtspräsidenten haben in der Öffentlichkeit gefälligst ihren Mund zu halten, wenn sie hinterher als angeblich unabhängige Richter in gleicher Sache zu entscheiden haben könnten, denn sonst dürften sie sich gleich, wie der Parteigenosse Schröder, als De-fakto-Ausführungsgehilfe für Anweisungen der Versicherungs- und sonstiger Konzernetagen ihr Büro dort einrichten lassen (langsam reicht es uns anständigen Bürgern aber wirklich).

Vorstehende Äußerungen sind Bestandteil des Rechts auf Widerstand gegen staatsumstürzlerische Elemente aus Art.20(4) des Grundgesetzes, unabhängig von der Stellung der Betroffenen in unserem Gemeinwesen, und der Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung aus Art. 5 GG, obwohl sich hier der Eindruck aufdrängt,, daß unsere Verfassung zwischenzeitlich längst in Aktien-Papier umgetauscht sein "könnte", um "zeitgemäß" im "Rahmen globalisierter Märkte" mit Bananenrepubliken geistig/ethisch/wirtschaftlich wettbewerbsfähig - oder so ähnlich- sein zu können.

Unsere Eltern konnten keine Anzeige auf der Polizeiwache in Berlin gegen Herrn Reichsführer SS, Herrn Himmler, oder einen gewissen Herrn Hitler vorbringen wegen Staatsumsturz oder sonstiger Verbrechenhandlungen, und unsere Brüder und Schwestern in der Deutschen Demokratischen Ostzone konnten dies ebenfalls nicht, solange die Honeckers und Mielkes noch am Ruder waren. Allerdings haben unsere "Henkels und Rogowskis etc., etc." auch da schon wieder den Stacheldraht hingeliefert, wie an Hitler die Fallbeile und die "Saddams" das Giftgas.

Was ist denn das für ein Präsident des Verfassungsgerichts, der schon jetzt in der Öffentlichkeit herumplaudert, daß die Rentenversicherungssysteme nicht verfassungsgemäß sein "könnten" wegen eventueller mangelnder Rendite, wenn das System überhaupt nicht auf "Rendite" aufgebaut ist, und im übrigen dieses seit 1957 *bis 2002 systematisch für versicherungsfremde Staatshaushalte ausgeplündert wurde?, und zwar bisher um unglaubliche *700Mrd. EURO (400 Mrd. Kasse + 300 Mrd. Euro)Zinsen). * bisher 580 Mrd. Mark -ohne Zinsen-

Vielleicht plaudert ja der ehrenwerte Herr Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier demnächst in der Öffentlichkeit einmal anständigerweise darüber, ob die vorsätzlich zweckgerichtete Ruinierung der gesetzlichen Rentenkasse "möglicherweise " nicht nur verfassungswidrig, sondern sogar "hoch-staatskriminell" sein könnte, denn hier herrscht die Auffassung vor, daß es schlechthin ein Verbrechen darstellt, wenn offenbar skrupel-, gott- und verantwortungslose menschenverachtende Polit-, Wirtschafts- und Verbands-Funktionäre der oberen Stockwerke unter kriminellem Mißbrauch von administrativer Gewalt und parlamentarischer Gesetzgebungskompetenz aus Opas Rentenkasse nach Afghanistan, Jugoslawien und sonstwo hinfahren und in der Welt auf Opas Kosten damit angeben, wie "reich" wir sind, um dafür dann unseren Kindern die Zähne und Menschenwürde wegzuplündern, und der Friseurin aus Castrop-Rauxel mit 800,-Euro als alleinerziehender Mutter das peinlich-lächerliche Märchen aufzutischen, sie müßte nun endlich "mehr Eigenverantwortung" (was ist das eigentlich konkret?) zur Auffüllung der privaten Milliarden-Aktienkonten der Hochfinanz leisten.

Sein Verfassungsrichter-Kollege Paul Kirchhof (natürlich Professor), versteht von der Verfassung auch schon soviel, daß er die Steuerfreiheit für Sonntagszuschläge redlich arbeitender Krankenschwestern einfach als "Subventionen" deklariert, die abzuschaffen seien, um diesen fleißig arbeitenden Menschen die Zuschläge wegplündern zu lassen, obwohl schon jede intelligente Putzfrau im Lexikon nachlesen kann, daß Subventionen "zweckgebundene Zuschüsse des Staates an einzelne Wirtschaftszeige" sind. Und daß eine Krankenschwester ein "Wirtschaftszweig sein soll, kann hier trotz oder aufgrund allgemeiner kollektiver Verblödung niemand erkennen. Möglicherweise haben wir es hier aber mit einer bisher unentdeckt gebliebenen neuen "Kirchho(f)fschen Regel" außerhalb der Elektrophysik zu tun. Und jetzt rennt nun der nächste Verfassungsrichter mit der neuesten abenteuerlichen Parole von der "Rendite" beim umlagefinanzierten, solidarisch organisierten öffentlichen Rentensystem herum, obwohl die öffentliche, umlagefinanzierte Rentenkasse weder etwas mit dem Staat noch mit dem staatlichen Haushalt und schon gar nichts mit "Rendite" zu tun hat, es sei denn, nach Prof. Kirchhof ist die Krankenschwester ein "Wirtschaftszweig." Eventuell müßte da ggf. wieder mal eine intelligente Putzfrau ins Lexikon gucken, wie bei Herrn Prof. Kirchhof mit seiner "Subvention" für sonntags arbeitende Krankenschwestern.

Völlig scharlatanartig-peinlich wird die Sache, wenn man die Rentenbeiträge in 700,-Mrd-Euro-Höhe erst aus der Kasse herausplündert , und den Ausgeraubten dann erklärt, weil die Kasse leer sei, müßten sie sich nun eine " neue" suchen , und zwar zu erhöhten Ausplünderungs-Beiträgen bei denen, die sie vorher schamlos ausplünderten, und nun obendrein frech- dreist anfangen, von "mangelnder Rendite" zu palavern.

Wir wollen deshalb jetzt unsere weggeplünderten 700 Milliarden EURO wiederhaben.

Der sozialistische Genosse Schröder hat gerade seinen Kumpels in den Konzernen 300Mrd. € geschenkt, weil er ihnen 1 Billion € Gewinn aus Betriebsveräußerung unverteuert beließ (Steuerreform!), dafür jagt er jetzt hinter der redlich arbeitenden Putzfrau her, weil die durch "Schwarzarbeit" natürlich den "Bestand der Republik gefährdet", und ein ehemaliger Lehrer namens Eichel schämt sich natürlich nicht, dafür harmlosen Arbeitnehmern die Wegnahme von Urlaub anzudrohen.

Die Deutsche Bank hat jüngst innerhalb von 2 Jahren ganze 15 Mrd.€ steuerfreien Gewinn in Form von Rücklagen "verzockt" (Aktien-Spekulation), wofür wir als Staat auf Steuereinnahmen in Höhe von etwa 4 Milliarden € verzichten mußten, und wofür sich der Vorstand Josef Ackermann im Gegenzug seinen "sauer verdienten Niedriglohn" von jährlich 7 Millionen € "geringfügig" auf 11 Millionen € erhöhte. Soweit bekannt, zahlt diese Leistungs-Erbringer-Riege offenbar tatsächlich "zuviel Steuern". Das nackte Mitleid greift Platz!

Aber man ist ehrenwerterweise überhaupt nicht sozialneidisch auf das kleine Mädchen in Bangladesch, welches wie ein Tier zwölf Stunden am Tag am Webstuhl zu sitzen hat und dafür, völlig überbezahlt, auch noch 50 Cent erhält und solchermaßen sicher auf einer "Insel des Wohlstands" lebt, den offenbar die Ackermanns, Rogowskis, Schröders, Merzens & Merkels nebst einer vermutlich außer Kontrolle geratener, wohl zweitklassiger drittfinanzierter "Professoren-Clique" , auch uns fürsorglich und grimmig entschlossen anzudienen gedenken.

Durch die letzte Steuer-Senkungsreform für die Kumpel des Herrn Schröder erhalten jetzt die Monats-Millionen-Verdiener jeden Monat zu ihren Millionen weitere 30.000€ zugeschoben, weshalb zum Ausgleich dafür der Mittelstand in den Bankrott getrieben wird, und die Friseurin aus Castrop-Rauxel gar nichts bekommt, ihre Zähne selbst zu bezahlen hat, und die Arbeitslosen sowie Rentner in die Sozialgasse gepeitscht werden (eben, sozialistisches Gossenhoriizontale-Gerechtigkeits-Modell Schröder/ Müntefering: muß sein). Es ist also genug Geld da, und wir fordern das jetzt zurück, denn wir sehen Raubgier-Kumpel-Mentalitäten in den Konzernetagen, die auch damals schon zur Senkung der "Lohnnebenkosten" keine Skrupel kannten, sich beim Reichsführer SS kostengünstig erbarmungswürdige Menschen aus den KZ zu mieten und todgeweihte russische Kriegsgefangene, zum Totarbeiten bestimmt, heranzuholen, und die uns jetzt schon wieder erpressen, entweder als Sklaven zu arbeiten oder kleine Mädchen in Bangladesch oder Indonesien etc. wie Arbeitsvieh zu verwerten, während sich die Ackermanns, Miegels, Rogowskis, Brauns, Gersters, Rolands, und wie sie alle heißen, schamlos raubgierartig die Taschen vollstecken und sich ihr Jahressalär , wie schon dargestellt, eben mal von 7 Mill.€ auf 11 Mio. erhöhen, natürlich wegen der "zu hohen Steuern", die sie hier zahlen, versteht sich.

Die Renten- und Gesundheitskassen sind vollkommen intakt. Die Schweizer Bevölkerung hat die gleichen verbrecherischen Rentenplünderungs-Ambitionen jetzt abgelehnt mit der Begründung , "die Systeme sind in Ordnung, es bedarf keiner Beschneidung!" Und dies gilt für uns in Deutschland ohne Abstriche in gleicher Weise.

Unsere Rentenkasse ist in schlicht politkrimineller Weise skrupellos lehrgeräumt worden. Die Rentenkassen-Raubliste für jedes Jahr ab 1957 liegt zwischenzeitlich allen Ministerpräsidenten u. Bürgermeistern der 16 Bundesländer persönlich vor. Wir fordern danach die weggeplünderten 700 Mrd Euro und die Zinsen, ohne Wenn und Aber zurück. Die Miegelschen/Biedenkopfschen Zweckschwindeleien als Grundlage für die Rentenreformen sind samt und sonders als schlichter Hokusfokus entlarvt:

Angeblich sollten wir um das Jahr 2000 bereits um 4 Millionen Menschen in der Republik weniger geworden sein. Wir sind jedoch nach der neuesten Statistik des Statist. Bundesamtes (Dez.2002) 4 Millionen Menschen mehr! Wer u.a.

mit solchem Hokuspokus jedoch milliardenfachen Schaden bei den Ausgeplünderten anrichtet, muß sich fragen lassen, ob er ein Scharlatan oder Schwerstkrimineller ist. Ganz einfach! Jedenfalls ruft im üblichen Wirtschafts- und gesellschaftlichen Leben ein derartiges Treiben ganz zweifellos den Staatsanwalt auf den Plan: Betrug!

Angeblich sollte die Senkung der zu hohen "Lohnnebenkosten" lt. eines Professors Bert Rürup, "den Schlüssel für mehr Jobs" darstellen, und die Rentenbeiträge der Arbeitgeber die Wirtschaft "strangulieren, drosseln oder ähnliches" tun. Tatsache ist aber: Die Lohnnebenkosten spielen betriebswirtschaftlich so gut wie überhaupt keine Rolle. Im Industriebereich z.B. belief sich die Mehrbelastung der letzten Rentenbeitragserhöhung per 100€ Betriebsaufwand auf ganze ca. 2 Cent (Analyse G.u.V.- Rechnung VW-Konzern 2001 -gleichbleibend auch 2002). Und diese 2 Cent Erhöhung je 100€ ohnehin vorhandener Betriebskosten waren für Herrn Prof. Rürup "der Schlüssel zu mehr Jobs", und auch hier müßte wohl eher der Begriff "Scharlatan" neu definiert werden, falls nicht kriminelle Absicht hinter derartigem Unfug verborgen liegt. Der sozialistische Genosse Schröder hatte öffentlich erklärt, die Renten wären 20 Jahre sicher, wenn man eine 4%-tige Beitragssteigerung hingenommen haben würde, Arbeitnehmer also 2%. Dies ginge nicht: eine "unzumutbare" Belastung!, sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer. Soweit bekannt, hat er das im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gesagt.

Nun sollen die Arbeitnehmer 4% für die private Absicherung an Extrabeiträgen entrichten. Also: 2% in die Solidarkasse wäre "unzumutbar gewesen. 4% in die Privatkassen aber nicht. Aus alledem ergibt sich bei bloßem Hinsehen, daß das ganze Reformgebaren auf Lug und Trug gründet. Kein Fall mehr für die Politik, sondern wohl eher für die Staatsanwaltschaft, Abt. organisierte Regierungskriminalität oder, alternativ, für die Staatsschutzabteilung. So muß man das wohl sehen und die Frage stellen: "Wohin treibt der uns"? noch? Warum fragt da eigentlich niemand?

Und die Presse schweigt! Durchgängig! Die Bauers vom Sozialverband Deutschland (Reichsbund), die Sommers vom DGB, die Bsirskes von Ver.di, die Heesens vom Deutschen Beamtenbund, die frommen Gottesmänner Kardinal Lehmann (Katholiken Deutschlands) und Bischof Huber (Evangelische Kirche Deutschlands) ebenfalls, wie es aussieht.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Gewerkschaften profitieren sämtlich durch Verträge mit Versicherungskonzernen, über die sie dann Riesterrentenprovisionen abkassieren, erbarmungslos auf Kosten der eigenen Mitglieder (IG Metall mit der Allianzvers, soweit bekannt, der Sozialverband mit Versicherungs-Dienstleistungen/Immobilien u.s.w., u.s.w. Und dafür verraten sie offenbar recht ungeniert als "Ehrenmänner" ihre Kinder und tun nichts dazu, um die öffentlichen Rentenkassen selbständig zu organisieren, zu stabilisieren und an die Verfassung anzuhängen. Denn da gäbe es ja keine Provisionen mehr und lukrative Geschäftsführer- Aufsichtsrats- oder sonstige Posten. Wir dürften uns wohl im größten flächendeckenden geschichtlichen Verrat an den Partei-, Kirchen- und Verbandsmitgliedern aller Gruppierungen (Gewerkschaften/Mittelstandsvertretungen u.s.w.) und den Bürgern und Bürgerinnen unseres Landes sowie ihrer Lebensgrundlagen und -interessen befinden. Begangen von den Führern aus Partei, Kirche, Gewerkschaft, Sozialverbänden und Wirtschaft. Die Situation ist dramatisch, die Bürger und Bürgerinnen können sie in ihrer ganzen verbrecherischen Dimension überhaupt nicht erfassen. Wir hören Bert Brecht: " Unsichtbar macht sich das Verbrechen, indem es große Ausmaße annimmt." Warum berichten Sie nicht, Herr Bauer?

siehe weiter in: www.bohrwurm.net

"Ministerpräsidentenbrief"-Umsturz durch Länderchefs-
"Parlamentsbrief" - vorsätzl. Zerstörung d .Sozialsysteme -
"Seniorenbrief"
"Quasselantenbrief"
"Rentenklautabelle" (Rentenraum 1957-2002)
"Reformkriminalitäts-Anzeiger"
"Staatsumsturztablelle 1933/2005"
"Der Judasbrief "(Raffelhüschen)

***Nachtrag April 2006:**

Der Verratsbrief wurde nicht auf die zwischenzeitlich veränderte personelle Besetzung bzgl. Ministerpräsidentin und Ministerpräsidenten sowie Kanzler etc. eigestellt. Er wurde auch nicht noch einmal versandt. Inhaltliche wurden lediglich die Zahlen zu den geraubten Rentengeldern aufgrund neuerer Erkenntnis korrigiert und o.a. Hinweis auf die weiteren Informationen in "www.bohrwurm.net" nachgesetzt.

Es wird darauf hingewiesen , daß die Rentenreform und Gesundheitsreform ausschließlich auf Betreiben der Banken und Versicherungskonzerne ins Werk gesetzt ist. Die Begründungen hierfür stellen daher nach allem billigen Dafürhalten schwer verbrecherische Zerstörungsakte der Konzerne in Kumpanei mit offenbar hochkriminellen Politführern dar. Hierzu gehört auch das Verbrechen "Rente mit 67" wofür es keinen Grund gibt.

Hierzu neueste Erkenntnis: Der sogenannte Professor Bernd Raffelhüschen von der Freiburger Universität ist in Wirklichkeit ein Ausführungsgehilfe der Versicherungswirtschaft: Er sitzt im Aufsichtsrat des Ergo-Versicherungskonzerns (Viktoriaversicherung, AXA-Versicherung, Allianzversicherung und ist Gutachter für den "Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft". Der ehemalg "Verfassungsrichter" Paul Kirchhof (Steuersenkung für Millionäre) hat sich als "Aufsichtsrat der Deutschen Bank" entpuppt.

Daher: Sämtliche Reformen sind allein auf Zerstörung des Staats und seiner Sozialsysteme im Interesse der Banken u. Versicherungskonzerne gerichtet: Verbrechen! Siehe hierzu o.a. "Reformkriminalitäts-Anzeiger"